

## Alternativlose Windkraft

Zu: „Ausbau der Windkraft stockt immer mehr“, FR-Wirtschaft vom 10. August

Eigentlich ist es paradox. Einerseits soll nach dem erklärten Ziel unserer schwarzgrünen Landesregierung der Stromverbrauch in Hessen bis 2050 komplett aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, andererseits wurden in der ersten Jahreshälfte 2019 in Hessen „exakt null Windkraftanlagen“ neu in Betrieb genommen. Hauptursache dafür sind die von Windkraftgegnern mit Stimmungsmache, haltlosen Argumenten und „Fake News“ hessenweit ausgelösten Bürgerproteste gegen alle neugeplanten Windkraftanlagen (WKA), obwohl deren forcierter Ausbau alternativlos ist.

Teilweise erbärmlich sind in vielen Regionen bisher die Anteile klimafreundlicher Regenerativenergien, die in Stromerzeugung, Gebäudeheizung und Verkehr zum Einsatz kommen. Als „Notstandsgebiet für erneuerbare Energien“ kann ohne Übertreibung der Regionalverband Frankfurt-Rhein-Main (FRM) mit der „Dieselhauptstadt“ Frankfurt und insgesamt 2,4 Millionen Einwohnern bezeichnet werden. Im Durchschnitt ist jeder Einwohner des FRM für einen jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von mehr als zehn Tonnen verantwortlich. Der Ökostrom-Dekungsanteil an der lokalen Stromerzeugung liegt gerade mal bei fünf Prozent! Sowohl im Sektor Gebäudeheizung als auch im Verkehr kommen bis heute fast hundertprozentig fossile Ener-

gieträger zum Einsatz. Eine Sektorenkopplung, z.B. durch energieeffiziente „Kraft-Wärme-Kopplung“, gibt es bisher nur in wenigen Einzelfällen. Von einer „Dekarbonisierung“ sind wir damit in der Rhein-Main-Metropole weit entfernt.

Um die Energie-, Verkehrs- und Wärmewende endlich voranzubringen, hat die zügige Umsetzung folgender Maßnahmen aus dem Klimaschutz-Sofortprogramm der Grünen vorrangige Priorität: Ausweitung der Vorranggebiete für Windkraftanlagen im gesamten Rhein-Main-Gebiet von derzeit nur 0,6 Prozent auf die in Hessen geforderten zwei Prozent der Landesfläche mit Abstandsbegrenzung zur Wohnbebauung; Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren; Wiederaufnahme und Forcierung des Ausbaus mit bedarfsgerechter Kapazität. Allein auf dem etwa 100 Kilometer langen Taunuskamm könnten sechs bis acht zusätzliche Windparks mit je 15 bis 20 MW errichtet werden.

Ich frage mich, wie der voraussichtlich progressiv ansteigende Strombedarf – allein durch die propagierte Zunahme der Elektromobilität – ohne den Ausbau von Windkraftanlagen bereitgestellt werden soll, wenn AKW und Kohlekraftwerke (hoffentlich bald!) vom Netz gehen.

Kurt Kolodziejczyk, Weilrod

**Diskussion:** frblog.de/klimarat

## Nicht aufgeben

HR: „Das sprichwörtliche Ofenrohr“, Leserforum vom 14. August

Zuerst las ich mit Entsetzen die Kurzmeldung in der FR, dass der HR2-Kultursender „umgebaut“ wird. Wortbeiträge sollen entfallen; den ganzen Tag dann klassische Musik. Die Angebote für kritische Geister werden immer kleiner; dafür die Niveauperluste immer größer. Als HR1 „durchhörbar“ gemacht wurde, entfielen dort sämtliche Spartenmusikangebote. Jetzt geht es HR2 an den Kragen, den angeblich täglich nur 100 000 hören. Jetzt werde ich auf die Radiowelle HR-Info verwiesen, der in einem gewissen Takt „Informationen“ abnudelt. Die Kombination aus Wort- und Musikbeiträgen in HR2 – gerne auch sperrig – haben mich immer angeregt. Meine Rundfunkbeiträge sah ich gut angelegt.

Ich gehe sehr konform mit Michael Herl, wenn er die Rundfunkbeiträge in Frage stellt. Ich kann aus diesem System nicht aussteigen und muss für „öffentlich-rechtlichen Mist“ zwangsweise Geld bezahlen. Ich hoffe, dass die Kulturinteressierten auf die Barrikaden gehen und die Macherinnen von HR2 nicht kampflos aufgeben. Die Zunahme von Krisenerscheinungen etc. darf die Menschen nicht in Resignation und Gleichgültigkeit treiben – das ist zumindest meine Hoffnung für den Erhalt von HR2 in seiner jetzigen Form.“

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

## Ehrenamtliche Idealisten

Integration durch Arbeit: „Chance mit Hindernissen“, FR-Tagesthema vom 13.8.

Als ehrenamtliche (Ausbildungs-) Begleiterin eines jungen Syrsers, der im Juni seinen Gesellenbrief überreicht bekommen hat, fehlt mir in Ihrem Artikel ein wesentlicher Aspekt: die Ausbildungsbegleitung.

Es gibt in Deutschland zahlreiche Angebote der Ausbildungsbegleitung, nicht nur für Flüchtlinge. In Hessen zum Beispiel das QuABB (Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule) oder bundesweit das VerA-Programm, das beim Senior-Expert-Service (SES) in Bonn angesiedelt ist.

Die Ausbildungsbegleitungen beziehen die Innungen, die Kreishandwerkerschaften, die Agenturen für Arbeit, die SGB-II-Träger, die Jugendberufshilfe und alle Beratungs- und Unterstützungsanbieter vor Ort in ihre Arbeit ein. Für den Erfolg der teils sehr akademisch aufgestellten Programme sind allerdings die Personen substanziell, die die Auszubildenden begleiten. Menschen wie Herr Peter, der auf sein Herz hörte, und Herr Sack, der im Betrieb Ansprechpartner für die Auszubildenden ist.

Auch ich gehöre zu diesen ehrenamtlichen Idealisten, die an das gute Ende glauben. Die vierjährige „Zusammenarbeit“ zwischen dem jungen Syrer und mir begann damit, dass wir einen Ausbildungsplatz gefunden haben. Ab diesem Zeitpunkt

war ich Ansprechperson für seinen Ausbilder und die Kolleginnen, die Berufsschule und Ämter. Die aufwendigen Formalitäten (zum Beispiel für die Bundesausbildungsbeihilfe) habe ich ihm abgenommen und mit ihm mehrmals wöchentlich das mir unbekanntes Wissen des Friseurberufes gepaukt. Da der junge Mann nur den Status der Duldung hat, kamen noch unvorhersehbare Erschwernisse und damit Krisen hinzu, die es aufzufangen galt.

Sein Vokabular und somit das Textverständnis der Fachsprache verbesserte sich schnell. Durch den Beruf, die Bindung an unsere Familie und durch den Respekt, der ihm entgegengebracht wurde, hat er so gute Fortschritte gemacht, dass er jetzt ein gutes Zeugnis vorzeigen kann.

Meine Meinung zu den offenen Fragen in diesem Artikel und daraus resultierende Forderungen sind: Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Ehrenamt attraktiver zu machen; Paten für hilfsbedürftige Auszubildende, SchülerInnen, StudentInnen, Familien als Normalfall; Vergabe von Rentenpunkten für umfangreiche Ehrenamtsarbeit; Entlassung von Herrn Seehofer, damit er über die christlichen und sozialen Versprechen im Namenszug seiner Partei nachdenken kann.

Annkatrien Hoeck, Egelsbach